Stadt Bern
Direktion Finanzen
Personal und Informatik

Medienkonferenz Finanzplan 2021-2024 und Produktegruppen-Budget 2021 vom Donnerstag, 4. Juni 2020

REFERAT VON GEMEINDERAT MICHAEL AEBERSOLD, DIREKTOR FÜR FINANZEN, PERSONAL UND INFORMATIK

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich begrüsse Sie zur heutigen Medienkonferenz der Stadt Bern im Rathaus. Vor zwei Monaten haben wir Sie am selben Ort begrüsst und Ihnen die Rechnung 2019 sowie die Entlastungsmassnahmen 2020 präsentiert.

Ich habe damals mit einem Exkurs zu Corona begonnen und im Fazit Folgendes festgehalten: *«Mit Corona werden das Wirtschaftswachstum und der Konjunkturaufschwung abrupt und für viele dramatisch gestoppt. Es kommen schwierige Zeiten auf uns zu und wir werden weitere, in vielen Lebensbereichen spürbare Entlastungsmassnahmen beschliessen müssen. Für die politischen Instanzen bedeutet dies eine schwierige und konfliktreiche finanzpolitische Gratwanderung.»*

Diese Befürchtungen haben sich leider bestätigt: Heute präsentieren wir Ihnen das Budget 2021 sowie den Finanzplan 2021 bis 2024 und ich wiederhole mich: Die finanzpolitische Ausgangslage ist schwierig. Wir müssen handeln und befinden uns dabei auf einer Gratwanderung zwischen Entlastungsmassnahmen und dem Erhalt eines Leistungsangebots, welches eine gute Lebensqualität sowie eine nachhaltige und vor allem eine soziale Stadt ermöglicht.

Ich betone, wie ich das auch anlässlich der letzten Medienkonferenz getan habe, dass wir die schwierige finanzielle Ausgangslage nicht nur mit Corona begründen. Die Steuerrückgänge im 2019 waren der Grund für das Defizit im 2019 und gaben bereits An-

lass, die Steuerprognosen ab 2020 nach unten zu korrigieren und ein erstes Entlastungspacket zu beschliessen. Aber Corona verschärft die finanzpolitischen Probleme der Stadt erheblich.

Regierungspräsident Christoph Ammann und Finanzdirektorin Beatrice Simon haben Ende Mai bei Ihrer Medienkonferenz unter dem Titel «Dem Finanzhaushalt drohen rote Zahlen» festgehalten, dass Prognosen zur finanziellen Entwicklung zurzeit sehr schwierig sind, dass Defizite aufgrund tieferer Steuereinnahmen drohen und dass eine Neuverschuldung bzw. die Lockerung der kantonalen Schuldenbremse unausweichlich seien. Diesen Feststellungen gelten im gleichen Massen auch für die Stadt Bern: Nach wie vor weiss niemand, wie lange die sich abzeichnende Rezession dauert und mit welcher Härte sie den städtischen Haushalt trifft. Finanzpolitische Prognosen sind zurzeit noch schwieriger als in gewöhnlichen Zeiten.

Wie der Regierungsrat geht auch der Gemeinderat davon aus, dass die Corona-Krise im Jahr 2021 voll durchschlägt. Gegenüber dem Budget 2020 prognostizieren wir bei den Steuererträgen einen Einbruch um 67,6 Millionen Franken. Mit anderen Worten: Der Gemeinderat rechnet damit, dass fast 12 Prozent der im Jahr 2020 budgetierten Steuererträge wegbrechen. Deshalb legt der Gemeinderat für das Jahr 2021 trotz beträchtlichen Entlastungsmassnahmen ein Budget mit einem Defizit von 37,3 Mio. Franken vor.

Die Ausgangslage ist für die Stadt Bern schwierig, weil uns einnahmeseitig weitgehend die Hände gebunden sind und wir kaum Handhabe haben, zusätzliche Mittel zu erschliessen. Im Gegensatz zum Kanton kann die Stadt beispielsweise nicht auf Mehreinnahmen in Form einer 2- oder 4-fachen Ausschüttung von Nationalbankgewinnen hoffen. Umso mehr ist für mich klar: Der Kanton muss mit den Millionen der Nationalbank den Gemeinden in der Krise unter die Arme greifen. Das fordert meine Bieler Amtskollegin und das fordere auch ich.

Bevor wir Ihnen das Budget 2021 sowie den Finanzplan 2021 bis 2024 präsentieren, ist es mir wichtig, die Ausgangslage nochmals kurz zu umreissen.

Die Zeit vor Corona: Steuerrückgänge 2019 und rasche Reaktion des Gemeinderats, um ein Defizit im Jahr 2020 zu verhindern

Sie können sich erinnern: Weil die Steuererträge im Jahr 2019 rund 35 Mio. Franken unter Budget lagen, hat der Gemeinderat im Januar 2020 eine Gewinnwarnung publiziert. Die Jahresrechnung 2019 schloss denn auch mit einem Defizit von 17,2 Mio. Franken ab. Bei dieser Ausgangslage war der für 2020 budgetierte Steuerertrag unrealistisch. Der Gemeinderat hat sehr rasch reagiert und bereits im Februar 2020 das Budget 2020 um total 15,5 Mio. Franken entlastet, und zwar mit 12 Mio. Franken Globalvorgabenkürzungen und 3,5 Mio. Franken im Personalbereich. Die Details können Sie den Unterlagen der Medienkonferenz vom 2. April 2020 entnehmen. In einem Jahr ohne Corona hätten diese rasch umsetzbaren Massnahmen ein Defizit im Jahr 2020 verhindert. Budgetiert war für das Jahr 2020 ein Überschuss von 13,1 Mio. Franken.

Corona: Eine neue, unsichere Ausgangslage

Corona führte zu einer neuen, sehr unsicheren Ausgangslage. Ich wiederhole und bitte Sie um Kenntnisnahme: Bereits vor Corona waren Korrekturen am Finanzaushalt nötig und wurden vom Gemeinderat auch beschlossen.

Corona führt jedoch dazu, dass für 2020 trotz Entlastungsmassnahmen mit einem Defizit gerechnet werden muss. Wie wir das Jahr abschliessen, kann ich Ihnen nicht sagen. Wir befinden uns noch mitten in der Krise und die möglichen Auswirkungen zeichnen sich erst langsam ab.

Zu möglichen finanziellen Auswirkungen wegen Corona kann ich aber Folgendes sagen: Wir erwarten Mehrkosten für die Beschaffung von Schutzmaterial und für Massnahmen zur Einhaltung des Social Distancing, Ertragsausfälle bei den Gebühren und Mieten sowie höhere kantonale Beiträge für den öffentlichen Verkehr, die KITAS und spätestens ab 2021 auch eine steigende Belastung bei der Sozialhilfe.

Reduktion der Steuererträge

Nach dem Vorsichtsprinzip hat der Gemeinderat die Steuererträge im Budget 2021 gegenüber dem Budget 2020 um 67,6 Mio. Franken auf brutto 509,4 Mio. Franken gekürzt. Dies entspricht einem Worst-Case Szenario, das auf den Steuererträgen der Rechnung 2019 basiert. Ab 2022 sieht der Finanzplan eine schrittweise Erholung vor, bis 2024 mit 544 Mio. Franken das Niveau erreicht werden sollte, welches für das Jahr 2020 budgetiert gewesen war. Steuerverwalter Moritz Jäggi wird noch detailliert auf die Steuererträge eingehen.

Globalkürzungen 2021 und Personalmassnahmen

Wir mussten innert Monaten ausgabenseitig Entlastungsmassnahmen beschliessen. Da es keine rasch umsetzbare Alternative zu linearen Ausgabenkürzungen gibt, hat der Gemeinderat für das Jahr 2021 nochmals Globalkürzungen beschlossen. Dieses Mal in der Höhe von 20 Mio. Franken. Mit der Fortsetzung der bereits für das Jahr 2020 geltenden Mindestvakanz von vier Monaten bei Stellenwechseln sowie einem Stopp für neue, unbefristete Stellen unter dem Jahr belaufen sich die Einsparungen auf 23,5 Mio. Franken.

Die Globalkürzungen führen dazu, dass insgesamt 29,3 geplante Stellen nicht bzw. nicht neu besetzt werden. Auf die einzelnen Massnahmen gehe ich nicht ein. Sie können diese den Unterlagen entnehmen genauso wie eine Liste mit den betroffenen Stellen.

Weitere Entlastungsmassnahmen für das Budget 2021

Der Gemeinderat hat weitere Entlastungsmassnahmen beschlossen:

- Im Jahr 2021 wird im Gegensatz zu früheren Jahren auf allen durch die Stadt zugunsten von Energie Wasser Bern (ewb) aufgenommen Anleihen eine Zinsmarge von 0,25 % verrechnet. Bei einem Anleihenstand von 875 Mio. Franken per Ende 2019 entspricht dies Mehrerträgen von 2,188 Mio. Franken.
- Im Jahr 2020 wurden den städtischen Mitarbeitenden als erster Schritt einer Reallohnerhöhung drei zusätzliche Ferientage gewährt. Der Gemeinderat sieht sich gezwungen, diese drei Ferientage ab 2021 für drei Jahre zu sistieren, was budgetmässig 2 Mio. Franken bringt. Das war ein Entscheid, der dem Gemeinderat sehr schwer gefallen ist.
- Immobilien Stadt Bern wurde beauftragt, die Heiz- und Betriebskosten für städtische Immobilien im Verwaltungsvermögen um jährlich 1,5 Mio. Franken zu reduzieren.

Personelle Auswirkungen

Im 2021 sind netto neu 32,1 Stellen geplanten. Davon werden 19,8 Stellen über zweckgebundene Spezialfinanzierungen oder durch Dritte und 12,3 Stellen über den steuerfinanzierten Haushalt finanziert. Abzüglich der mit den Entlastungsmassnahmen einhergehenden, bereits erwähnten Reduktion um 29,3 Stellen resultiert 2021 unter dem Strich ein Abbau von 17 steuerfinanzierten Stellen.

Strategische Haushaltsüberprüfung und Überprüfung der Investitionen

Die erwähnten Massnahmen genügen nicht, um den Haushalt im Lot zu halten. Der Gemeinderat hat deshalb beschlossen, den städtischen Haushalt aufgrund einer strategischen Aufgabenüberprüfung wiederkehrend um 35 Mio. Franken ab 2022 und 45 Mio. Franken ab 2023 zu entlasten. Den konkreten Auftrag wird der Gemeinderat noch beschliessen und kommunizieren. Gleichzeitig überprüft der Gemeinderat die Investitionsplanung mit dem Ziel, die Kosten durch Verzicht, Verschiebungen oder durch Kostensenkungen zu senken.

Ich übergebe das Wort nun an Daniel Schaffner und Moritz Jäggi zu genaueren Ausführungen zum Budget.

Fazit

Die letzte Dekade war für die Stadt finanzpolitisch erfolgreich: Es konnten Überschüsse erzielt, Schulden abgebaut, Spezialfinanzierungen gebildet und Leistungen ausgebaut werden. Mit Corona werden das Wirtschaftswachstum und die Hochkonjunktur jedoch abrupt und für viele dramatisch gestoppt. Es kommen finanzpolitisch schwierige Zeiten auf die Stadt Bern zu.

- Das Investitionsvolumen bleibt in den nächsten Jahren sehr hoch. Es bestehen Sachzwänge. Zum Beispiel: Wenn die Zahl der Schülerinnen und Schüler wächst, brauchen wir zusätzlichen Schulraum. Oder: Wenn wir die städtischen Eis- und Wasseranlagen nicht rechtzeitig sanieren, droht ihre Schliessung und die Investitionskosten für eine Wiedereröffnung steigen.
- Weil die Stadt die nötigen Investitionen nicht vollständig selber finanzieren kann, muss sie sich weiter verschulden. Den angestrebten Bruttoverschuldungsgrad von 140% wird die Stadt ohne Gegenmassnahmen nicht einhalten können.
- Das Eigenkapital schwindet: Mit den budgetieren Defiziten schwindet das Eigenkapital. Es droht ein Bilanzfehlbetrag, den die Stadt nach kantonalen Vorgaben abbauen müsste. Damit würde die Stadt an finanzpolitischem Handlungsspielraum verlieren.
- Eine Erhöhung der Einkommenssteuern ist für den Gemeinderat bis auf weiteres keine Option.

Der Gemeinderat hat mit seinen Beschlüssen zum Finanzplan und zum Budget den Kurs angepasst und die Wachstumsgeschwindigkeit gedrosselt. In vielen Lebensbereichen werden spürbare Entlastungsmassnahmen umgesetzt werden müssen.

Nachdem sich der Gemeinderat wegen der Einbussen bei den Unternehmenssteuern gezwungen sah, kurzfristig mit quotenbasiertem Sparvorgaben zu reagieren, will er bei der Haushaltsüberprüfung klare strategisch-politische Prioritäten setzen. Gleichzeitig gilt es, die Investitionsplanung zu überprüfen und den Finanzhausalt durch Priorisierung und Verzicht zu entlasten.

Wir müssen und wollen den Handlungsspielraum für die soziale und nachhaltige Weiterentwicklung der Stadt wahren. Alles kann sich die Stadt aber in Zukunft nicht mehr leisten. Nach wie vor bleibt die Lebensqualität aber hoch und das Angebot an städtischen Dienstleistungen bleibt gut. Wir werden weiterhin eine faire und fortschrittliche Arbeitgeberin sein, in Infrastruktur und Wohnungsbau investieren und die sozial und wirtschaftlich Schwachen unterstützen.

Ich bin überzeugt, dass Parlament und Bevölkerung für die neue Ausgangslage Verständnis haben und ein defizitäres Budget, aber auch Entlastungsmassnahmen für das 2021 und die Folgejahre, mittragen.